

## **Bensberger Gespräche** **25.-27. Januar 2010 in Bensberg**

Tagungsdokumentation  
Dokumentation: Christiane Toyka-Seid

Mittwoch, 27. Januar

### **Ruf nach einer neuen Weltordnung**

*Prof. Dr. Michael Zürn, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB); Berlin*

#### **1. Bedeutung neuer machtvoller Staaten für die internationale Staatenordnung**

Es spricht vieles dafür, dass in den nächsten Jahren die Dominanz der USA im internationalen Vergleich deutlich geringer wird. Mit Blick auf die relative Leistungsfähigkeit (Problemlösungspotential einer Gesellschaft und Anteil der Ressourcen, die zur Gestaltung internationaler Angelegenheiten eingesetzt werden können) ergibt sich aber ein anderes Bild. Die relative Leistungsfähigkeit und die technologische Stärke eines Landes bestimmen auch dessen militärische Stärke. Hier werden – auch im Vergleich zu China und Russland - die USA noch lange vorn bleiben. Aber für die Lösung der großen Probleme (Klima, Finanzkrise) wird man die neuen Ökonomien brauchen.

#### **2. Bedeutung Internationaler Institutionen**

Internationale Institutionen funktionieren nach Normen, Regeln und Entscheidungsprozeduren, mit denen die Politiken unterschiedlicher Staaten koordiniert und harmonisiert werden. Ohne sie wäre Regieren heute nicht mehr möglich. Das zeigt sich auch in der gestiegenen Anzahl von multilateralen Abkommen, deren Charakter sich allerdings verändert hat. Heute sind die Adressaten der Vereinbarungen zunehmend gesellschaftliche Akteure (weniger die Staaten) und diese müssen etwas tun (und nicht unterlassen). Mit zunehmender Bedeutung erhalten diese Institutionen immer mehr Autonomie (z.B. Umweltvereinbarungen oder Handelsvereinbarungen). Das geht u.a. zu Lasten des zwischenstaatlichen Konsensprinzips. Bisher war diese Supranationalität auf die EU beschränkt, aber jetzt ist sie deutlich ausgeweitet (Beispiel: Regelungen der WTO). International gilt in weiten Teilen das Mehrheitsprinzip aufgehoben und damit ist der Grundsatz, dass kein Staat tun muss, was er nicht will.

#### **3. Politisierung internationaler Institutionen**

Inzwischen ist der Widerstand gegen internationale Institutionen gewachsen. Gleichzeitig aber fordern auch viele transnationale NGOs stärkere internationale Organisationen. Diese widersprüchliche Entwicklung zeigt eine deutliche Politisierung internationaler Zusammenarbeit.

These: Weltpolitik wird nicht mehr als zwischenstaatliche Politik gemacht.

#### **4. Wie zeigt sich diese Politisierung internationaler Angelegenheiten?**

- a) Bei den persönlichen Einstellungen wird der Bedeutungszuwachs deutlich.
- b) Es zeigt auch, dass sich die Bevölkerung für das Handeln der internationalen Institutionen interessiert.
- c) Beim Anstieg der Aktionen von Aktivistennetzwerken, NGOs, Interessengruppen, Verbände und Parteien richten verstärkt Aufmerksamkeit auf internationale Institutionen.

Zwischenergebnis: Es gibt ein beachtliches Ausmaß an Politisierung internationaler Angelegenheiten – das zeigt sich bei Einstellungen wie auch im Verhalten gesellschaftlicher und politischer Akteure.

#### **5. Warum wird internationales Regieren heute politisiert?**

Es gibt zwei Typen der Politisierung: 1. Die Politisierung eines „Legitimationsbedarfs“ sowie 2. die Politisierung eines „Regelungsbedarfs“.

Zu 1) Internationale Institutionen üben Herrschaft aus, das Ergebnis ihrer Aktivitäten (oder das nicht

eingetretene Ergebnis) wird kritisiert (output-seitige Kritik). Kritisiert wird auch das Entscheidungsverfahren z. B. hinsichtlich mangelnder Transparenz oder Repräsentativität (input-seitige Kritik). Gefordert wird ein verstärkter Zugang der Öffentlichkeit, besonders der NGOs zu den Entscheidungsfindungen.

Zu 2) Kritisiert wird oftmals, dass bestimmte Probleme nicht ausreichend bearbeitet wurden oder es werden mehr Regelungen gefordert (z.B. bei der Kampagne gegen Landminen).

Es geht nicht nur um die Kontrolle bestimmter Vorkommnisse, sondern darum, dass die neue politische Ordnung diskursiv gestaltet wird.

## **6. Zusammenfassung**

Die Politisierung internationaler Institutionen wird in Zukunft zwar schwieriger, gleichzeitig aber bildet sie auch die Voraussetzung für eine Demokratisierung internationaler Politik. Demokratisierung wird also durch Politisierung gefördert.

Schwierigkeiten ergeben sich, da die internationalen Verhandlungsergebnisse nicht mehr automatisch von nationalen Parlamenten implementiert werden. Die Möglichkeiten zur Mobilisierung und Politisierung in NGOs etc. sind weltweit ungleich verteilt, das verschärft die „Ungerechtigkeiten“ bei der Einflussnahme der verschiedenen Akteure.

Aber die Politisierung ist Nährboden für neue internationale Politiken und verbesserte Legitimation internationaler Institutionen.

Durch die Möglichkeit, dass alle Fragen der internationalen Politik potentiell im Licht der Öffentlichkeit stehen, müssen sie so behandelt werden, dass sie sich auch rechtfertigen können.

Für die Zukunft der Demokratie heißt das:

1. Die Vorstellung einer an internationaler Politik desinteressierten Öffentlichkeit ist wohl falsch. Die Bereitschaft zu Engagement in transnationalen Organisationen ersetzt womöglich Engagement in nationaler Politik: Das Politische stirbt nicht aus, es wandert aber aus. Wenn alle, die von einer Entscheidung betroffen sind, auch die Möglichkeit zur Mitsprache haben sollen, ist das eine folgerichtige Entwicklung.
2. Die Auseinandersetzung zwischen nationaler und internationaler Ebene muss gleichwertig betrachtet werden. Aber: Nur solche Interessen, die auf der Klaviatur der internationalen Foren spielen, finden Resonanz in den Medien und Eingang in das Regieren jenseits des Nationalstaates.
3. Die kosmopolitische Position spielt in der internationalen Arena, die kommunitaristische Gegenposition in der nationalen. Diese Asymmetrie schwächt beide Positionen. Deswegen müssen beide Positionen aufeinander zugehen: Es braucht zunehmend eine Internationalisierung der nationalen Auseinandersetzung und einen Abbau der Selektivitäten des Nationalstaates. Die internationalen Institutionen müssen so umgebaut werden, dass eine stärkere Demokratisierung auf internationaler Ebene möglich wird.
4. Die Konfliktlinien zwischen Offenheit und Geschlossenheit, zwischen entgrenzten und (national) begrenzten Standpunkten werden entscheidend für das 21. Jahrhundert sein.